

Newsletter

Nr. 20/2024

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

die gehäuften Festnahmen in den vergangenen Tagen wegen mutmaßlicher Spionage für Russland und China beunruhigen. Sie zeigen, dass unsere Demokratie nicht nur durch autokratische Regime von außen, sondern auch von innen, von Parteien, die die Interessen Deutschlands gefährden und verraten, bedroht ist.

Dass diese Gefahren von innen und außen eng miteinander verbunden sind, haben die Spionagevorwürfe gegen einen Mitarbeiter von Europa-Spitzenkandidat Maximilian Krah und die Korruptionsvorwürfe gegen AfD-Politiker Petr Bystron deutlich gemacht. Diese Vorfälle führen uns die Nähe vieler AfD-Politiker zu autokratischen Systemen wie Russland und China vor Augen. Die selbsternannten Superpatrioten der AfD unterstützen damit Regime, die ein Interesse daran haben, unsere Gesellschaft zu polarisieren und unsere Demokratie zu gefährden.

Gerade bei einer Partei, die immer so tut, als ob sie die deutschen Interessen mehr als andere im Blick habe, ist ihr Umgang mit diesen Vorwürfen ganz besonders aufmerksam zu verfolgen. Aktuell scheint es nicht nach einer umfassenden Aufarbeitung innerhalb der AfD auszusehen, die weiter an ihrem Spitzenkandidaten Krah festhält. Den Spionageverdacht gegen seinen Mitarbeiter betitelt dieser im Übrigen als „unangenehme Angelegenheit.“ Die AfD wird wohl oder übel mit Kandidaten für die Europawahl am 9. Juni ins Rennen gehen, die mit China und Russland unter einer Decke stecken – wenn Ihr mich fragt, ganz schön unangenehm.

Viel Freude beim Lesen!

Ihre
Karin Waschen

Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden – Für eine echte „Wirtschaftswende“

Scholz bezeichnet seine Kanzlerjahre als „Turn-around“ für die Wirtschaft – nur leider in die falsche Richtung. Zwar rechnet die Ampel nun in ihrer Frühjahrsprognose mit 0,3 statt 0,2 Prozent Wachstum für das laufende Jahr, doch die Lage unserer Volkswirtschaft bleibt alarmierend. Während die Weltwirtschaft und andere Industrieländer wachsen, trüben sich die wirtschaftlichen Aussichten für Deutschland weiter ein.



Bildquelle: CDU Deutschland

Vor diesem Hintergrund streiten Bundesfinanzminister Lindner und Bundeswirtschaftsminister Habeck über ein sog. „Dynamisierungspaket“. Außerdem kommen von Bundesfinanzminister und vom FDP-Präsidium – passend zum FDP-Parteitag – eine ganze Reihe von Ankündigungen und Forderungen. Diese reichen von einer Erhöhung des Grundfreibetrags sowie des Kindergeldes über einen automatischen Abbau der sog. kalten Progression bis hin zu erheblichen steuerlichen Entlastungen der Wirtschaft, einem stufenweisen Abbau des Solidaritätszuschlages, Bürokratienteilungen und Steuererleichterungen für Überstunden.

Als Union fordern wir bereits seit geraumer Zeit Maßnahmen zugunsten einer echten „Wirtschaftswende“ ein und haben hierzu auch umfangreiche Vorschläge gemacht. Zu nennen ist hier insbesondere der 12-Punkte-Reformplan für eine starke Wirtschaft – erfreulicherweise hat die FDP einige unserer Forderungen auch in ihren erwähnten Präsidiumsbeschluss übernommen.

Mit unserem Leitantrag „Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden – Für eine echte Wirtschaftswende“, den wir heute in den Deutschen Bundestag eingebracht haben, nehmen wir die FDP beim Wort und verleihen unseren Forderungen Nachdruck: Der Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland muss endlich wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Dazu braucht es kein Showfeuerwerk von Ankündigungen, sondern zeitnah echte Entlastungen für die Wirtschaft sowie für die Bürgerinnen und Bürger.

BERICHT
AUS **BERLIN**

EINLADUNG
via Webex



Di. 14.05.2024



18:00 Uhr

**JETZT
VORMERKEN!**

In Sitzungswochen möchte ich Euch künftig hautnah und direkt Einblicke in aktuelle Themen und Debatten aus dem Deutschen Bundestag liefern. Ich möchte Euch dabei von meiner Arbeit in Berlin berichten und von Euch wissen, was Euch bewegt!

Bitte wählen Sie sich unter folgendem Link zur Veranstaltung ein:

Meeting-Link: <https://deutscherbundestag-ylh.my.webex.com/deutscherbundestag-ylh.my/j.php?MTID=m5e5bd1aef5faaac7652db1ff300f05fa>

Meeting-Passwort: BerichtAusBerlin

Außerdem ist auch eine Teilnahme per Telefon möglich:

Einwahlnummer: +44-20-7660-8149

Zugriffscodes: 2379 572 6248

Frühjahrs- und Neubürgerempfang in Weikersheim



Bildquelle: Büro Warken

Es war mir eine große Freude, beim diesjährigen Frühjahrs- und Neubürgerempfang in Weikersheim dabei gewesen zu sein. Neben der Verleihung der Bürgermedaille für engagierte Beiträge zur Erinnerungskultur Weikersheims wurden auch die zahlreichen Neubürgerinnen und Neubürger begrüßt. Zahlreiche Menschen haben dort in den vergangenen Jahren eine neue Heimat gefunden.

Eine schöne Veranstaltung mit vielen netten Begegnungen!

Spatenstich für die Nahwärme in Neunkirchen



Bildquelle: Martin Hahn

Bei schönstem Frühlingwetter hatten sich Vertreter aus Politik und Verwaltung, Planungsbüros und Baufirmen versammelt, um beim offiziellen Start der Bauausführung dabei zu sein. Neben der Versorgung von bis zu 220 Gebäuden mit Nahwärme aus Biomasse und Photovoltaik werden in den nächsten eineinhalb Jahren flankierende Baumaßnahmen wie der Aufbau einer PV-Anlage, der Vollausbau des Zeilwegs und die Mitverlegung einer neuen Glasfaser-Infrastruktur umgesetzt.

Ein wegweisendes Projekt, möchte man doch spätestens seit dem Ukrainekrieg unabhängiger von fossilen Energieträgern und Preisschwankungen sein.

Generalsekretär Carsten Linnemann bei der CDU-Landtagsfraktion



Bildquelle: Marcel Ditrich

Vergangene Woche war ich gemeinsam mit Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann und der stellvertretenden Generalsekretärin Christina Stumpp zu Gast beim Vorstand der CDU-Landtagsfraktion in Stuttgart. Dabei wurde klar: Die CDU hat Lust auf Zukunft, auf klare Positionen, auf CDU pur. Zusammen sind wir bereit, uns den wichtigen Aufgaben der Europa- und Kommunalwahl zu widmen. Wir machen Politik für die Menschen und nicht gegen sie. Deshalb braucht es mehr denn je eine starke CDU!

Einweihung der Orgel in Uiffingen



Bildquelle: Büro Warken

Die Instandsetzung der Orgel in der evangelischen Weinbrennerkirche in Uiffingen wurde mit einem großen Orgelfest gefeiert. Der Einladung von Pfarrer Hoher unter dem Motto „Ein Herz für unsere Orgel“ bin ich sehr gerne gefolgt. Bereits 114 Jahre ist die Orgel in Uiffingen beheimatet. Nach intensiver Restaurierung erstrahlt sie nun in neuem Glanz und ist bereit, uns erneut mit ihrer kraftvollen Musik zu verzaubern.

Es ist erfreulich zu sehen, dass die Mühen und Hingabe zahlreicher Menschen belohnt wurden, um dieses Juwel unserer Kultur zu bewahren und wiederherzustellen. Als Bundestagsabgeordnete habe ich mich persönlich für die Förderung dieses Projekts eingesetzt. Trotz anfänglicher Herausforderungen und einer ersten Ablehnung gelang es, über die Denkmalstiftung des Bundes eine Förderung von 16.000 € zu akquirieren.

Folgen Sie mir auch auf...



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



[linkedin.com/in/nina-warken](https://www.linkedin.com/in/nina-warken)



[twitter.com/ninawarken](https://www.twitter.com/ninawarken)

72-Stunden-Aktion in Bad Mergentheim



Bildquelle: Jens Jörgensmann

Vergangenen Donnerstag besuchte ich zum Auftakt der 72-Stunden-Aktion die Gruppe der Seelsorgeeinheit L.A.M.M. in Bad Mergentheim. Bei der 72-Stunden-Aktion engagieren sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ganz Deutschland unter dem Motto „Uns schickt der Himmel“ eigenverantwortlich und selbstorganisiert in einem sozialen Projekt.

Die Spannung und Vorfreude waren groß, denn die Gruppe aus Bad Mergentheim wusste nicht, welches Projekt sie für die kommenden 72 Stunden realisieren würde. Um 17.07 Uhr durfte ich schließlich das Geheimnis lüften und den Umschlag mit der Aufgabe übergeben: die Aufforstung im Spitalwald zwischen Althausen und Uittingshof. Die 72-Stunden-Aktion zeigt, dass soziales Engagement Spaß macht und ansteckend sein kann. Wichtig ist der gemeinsame Einsatz für andere und mit anderen.

Sommertagsumzug in Schweigern



Bildquelle: Büro Warken

Der traditionelle Sommertagsumzug, welcher auf das Jahr 1923 zurückgeht, ist nicht nur ein fest verankertes Ereignis in Schweigern, sondern symbolisiert auch auf wunderbare Weise den Übergang von der kalten Jahreszeit in den lang ersehnten Frühling. Auch wenn das Wetter am vergangenen Sonntag dabei nicht ganz mitgespielt hat, war der vom örtlichen Verschönerungsverein organisierte Umzug wieder ein Anlass der Begegnung, der Freude und des gemeinsamen Feierns.

Die Strohpuppen, liebevoll von den Vereinsmitgliedern gefertigt, tragen nicht nur die Hoffnung auf wärmere Tage in sich, sondern sind auch ein Zeichen der Verbundenheit und des Zusammenhalts unserer Gemeinschaft. In einer Zeit, in der die Welt oft von Unruhe und Unsicherheit geprägt ist, sind solche Traditionen von unschätzbarem Wert.

Jetzt vormerken: Jens Spahn kommt am 27.05.24 nach Lauda-Königshofen!

”

**Save the Date:
Wirtschaftsdialog
der CDU Lauda-Königshofen
mit Jens Spahn MdB, 27. Mai 2024**

Ort: REBGut - Rebgutstr. 80 - 97922 Lauda - Zeit: 17 - 19 Uhr



Folgen Sie mir auch auf...



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



[linkedin.com/in/nina-warken](https://www.linkedin.com/in/nina-warken)



[twitter.com/ninawarken](https://www.twitter.com/ninawarken)

Lina Schubert macht vor ihrem USA-Austausch ein Praktikum im Deutschen Bundestag



Bildquelle: Büro Warken

Die 16-jährige Lina Schubert aus Tauberbischofsheim darf mit dem Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP) für ein Schuljahr in die USA gehen. Noch vor dem Start im Sommer hat die Schülerin im Rahmen eines Praktikums in meinem Berliner Abgeordnetenbüro exklusive Einblicke in die Arbeit des Deutschen Bundestages erhalten. Dabei hat sie die parlamentarischen Arbeitsabläufe kennengelernt, an verschiedenen Sitzungen und Gesprächen teilgenommen und viele Eindrücke gesammelt, die sie mit in die USA nehmen kann.

Lina Schubert teilt ihre Vorfreude auf den Austausch mit 349 anderen jungen Menschen aus ganz Deutschland. In den USA werden ebenfalls im Rahmen des Congress-Bundestags Youth Exchange (CBYX) 350 Vollstipendien vergeben. Die 15- bis 18-Jährigen wollen hier in Deutschland in ehrenamtlichen Gastfamilien leben und eine weiterführende

Schule an ihrem Austauschort besuchen. Ich möchte auch Familien im Wahlkreis ermutigen, sich als Gastfamilie zu bewerben.

Und für alle Interessenten: Auch für das kommende Schuljahr 2025/2026 werden wieder 350 PPP-Stipendien vergeben. Ab dem 2. Mai können sich Jugendliche aus dem Wahlkreis bewerben. Willkommen sind Bewerbungen von Schülern aller Schularten zwischen 15 und 17 Jahren sowie von jungen Berufstätigen bis zu einem Alter von 24 Jahren.

Mehr Informationen gibt der Deutsche Bundestag unter: www.bundestag.de/ppp

Einführung eines nationalen Veteranentages



Bildquelle: CDU Deutschland

Gestern haben wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen einen Antrag zur Einführung eines nationalen Veteranentages in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser wurde mit großer Mehrheit angenommen. Künftig wird jedes Jahr am 15. Juni der nationale Veteranentag begangen. Damit wollen wir den Einsatz und die Opfer aller Bundeswehrsoldaten angemessen würdigen. Wir rücken so Respekt und Anerkennung für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten in den Vordergrund. Gleichzeitig ist es unser Anliegen, die Fürsorge bei im Dienst – insbesondere im Auslandseinsatz – erlittenen Schädigungen zu verbessern.

Mit einem früheren, eigenen Antrag haben wir als Unionsfraktion den Auslöser für diesen fraktionsübergreifenden Antrag gesetzt. Unsere Initiative unterstreicht die breite Anerkennung der Verdienste aktiver und ehemaliger Bundeswehrangehöriger durch unsere Unionsfraktion und macht das kontinuierliche Engagement der Union für die Belange der Bundeswehr und der Soldatinnen und Soldaten sichtbar.

In der Sportpolitik spielt die Ampel eher Kreis- als Bundesliga



Die Ampel spielt in der Sportpolitik eher Kreis- als Bundesliga!

Bildquelle: Tobias Koch

2024 ist ein Jahr voller sportlicher Höhepunkte: Fußball-EM im eigenen Land, Olympische Spiele – und noch sehr viel mehr. Gleichzeitig ist die Sportpolitik der Bundesregierung eher auf einem Tiefpunkt angekommen. Deshalb haben wir am Mittwoch eine Aktuelle Stunde zur Sportpolitik der Ampel einberufen. Von der Schaffung einer „unabhängigen Agentur“ für die Förderung im Spitzensport zu einem nicht zustande gekommenen „Memorandum of Understanding“ für eine deutsche Olympiabewerbung – in der Sportpolitik spielt die Ampel eher Kreis- als Bundesliga. Dabei zeichnet sich vor allem das zuständige Innenministerium kaum als Teamplayer aus.

Wir fordern deshalb eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Sportpolitik: Im Spitzensport brauchen wir transparente Förderung und klare Verantwortlichkeiten. Die Schaffung neuer bürokratischer Strukturen lehnen wir ab. Die Bundesregierung

muss ihre Kommunikation und Kooperation mit allen Beteiligten im Sport neu und vertrauensvoller ausrichten. Sie muss endlich die Bedeutung des Breitensports für unsere Kinder und Jugendlichen und für die Gesellschaft insgesamt anerkennen und entsprechend handeln. Ferner müssen die Planungen für internationale Sportereignisse, wie die Olympiabewerbung, verlässlich und in echter Partnerschaft mit allen Beteiligten erfolgen.

Girls' Day im Bundestag



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion/Michael Wittig

Gestern fand der bundesweite Girls' Day statt! Und auch auf Einladung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Konrad-Adenauer-Stiftung kamen dafür wieder viele junge Frauen aus ganz Deutschland nach Berlin. Dabei hatten sie mit einem abwechslungsreichen Programm die Chance, Politik hautnah im Deutschen Bundestag zu erleben, Politikerinnen und Politiker zu treffen und vieles mehr! Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass auch Franziska Streck aus meinem Wahlkreis dabei war. Ich hoffe, sie hatte eine großartige Zeit und konnte viele spannende Eindrücke in der Hauptstadt sammeln!

Schwangerschaftskonfliktgesetz



Bildquelle: CDU Deutschland

Meinungsäußerungen weiterhin möglich sein – solange sie in einer angemessenen Form erfolgen. Im SWR hatte ich die Möglichkeit, meine Sicht der Dinge darzulegen.

Dort machte ich auch deutlich, dass die Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes wohl als reines Vorgeplänkel zur Abschaffung von § 218 StGB betrachtet werden kann. Nachdem das Werbeverbot für den Schwangerschaftsabbruch (§ 219a StGB) der Ampel bereits im Jahr 2022 zum Opfer gefallen ist, wurde in der vergangenen Woche der nächste Schritt zur Abtreibungsliberalisierung eingeläutet. Eine Regierungskommission hat sich für eine generelle Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der ersten zwölf Wochen ausgesprochen. Anders als es früher Usus war, hatten die Oppositionsparteien bei der Besetzung dieser Kommission kein Mitspracherecht.

Mit der Umsetzung derer Vorschläge drohen die gesellschaftlichen Konfliktlinien nach dem Kompromiss um das Abtreibungsrecht aus den 1990er Jahren neu aufzureißen. Die Ampel lässt dabei völlig außer Acht, dass es eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gibt. Der gesellschaftliche Umbau bleibt wohl auch das einzige Thema, auf das sich die Ampel geräuschlos verständigen kann, wie zuletzt beim Selbstbestimmungsgesetz. Das ist reine Symbol- und Klientelpolitik, bei der die Mitte der Gesellschaft und das Land auf der Strecke bleiben.

Hessische Bundesrats-Initiative: Speicherung von IP-Adressen zur Bekämpfung schwerer Kriminalität



Bildquelle: Shutterstock

In der vergangenen Woche hat das Land Hessen eine Bundesrats-Initiative zur Einführung einer Mindestspeicherfrist von IP-Adressen für die Bekämpfung schwerer Kriminalität vorgestellt. Hessen bringt damit das auf den Weg, was eigentlich Aufgabe des Bundesjustizministers wäre. Ich danke Ministerpräsident Boris Rhein und Landesjustizminister Christian Heinz für diesen dringend notwendigen Schritt, denn aktuell kann jedes Jahr eine vierstellige Zahl von Hinweisen auf Kindesmissbrauch und die Verbreitung von Kindespornographie nicht verfolgt werden, weil die Daten mangels Mindestspeicherfrist beim Telekommunikationsanbieter bereits gelöscht sind. So geht es nicht weiter. Wir müssen den Ermittlern die Instrumente an die Hand geben, die sie für eine effektive Strafverfolgung benötigen. Der Vorschlag aus Hessen, der eine Mindestspeicherfrist von einem Monat vorsieht, ist dafür ein guter Kompromiss. Doch die Bundesregierung weigert sich bis dato konsequent, die Spielräume, die uns das Urteil des EuGH aus dem Jahr 2022 aufzeigt, auszuschöpfen. Damit muss jetzt Schluss sein: Die Ampel muss endlich aufwachen und ihr ideologisches Handeln einstellen. Bei allem berechtigten Datenschutz. Dieser darf nicht zum Täterschutz werden!

Für die „Vision Zero“ und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr



Bildquelle: CDU Deutschland

Seit dem 1. April 2024 ist das umstrittene Cannabis-Gesetz in Kraft. Besitz und Anbau von Cannabis sind damit in Deutschland für Erwachsene unter bestimmten Vorgaben legal. Flankierend dazu plant die Bundesregierung nun auch den zulässigen Cannabis-Grenzwert im Straßenverkehr neu zu regeln. Eine vom Bundesverkehrsministerium berufene Expertengruppe hat sich dafür ausgesprochen, den zulässigen THC-Grenzwert von 1,0 ng/ml auf 3,5 ng/ml Blutserum zu erhöhen. Interessant ist dabei, dass sich die eigentlich zuständige Grenzwertkommission nicht auf einen Grenzwert einigen konnte. Dieses Problem hat die Ampel schnell mit der Einberufung einer neuen Expertengruppe umschifft, die prompt zu einem Ergebnis kam.

Dabei belegen internationale Studien, dass die Zunahme der Verbreitung des Cannabis-Konsums als Folge der Legalisierung auch mit einer Zunahme der Verkehrsrisiken einhergeht. Dadurch wird das Ziel der „Vision Zero“, der Sicherheitsstrategie zur Vermeidung der Zahl schwerer und tödlicher Unfälle im Straßenverkehr, untergraben. Mit unserem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, im Sinne der „Vision Zero“ auf die empfohlene Anhebung des Grenzwertes für Cannabis zu verzichten und ein generelles Fahrverbot für Cannabiskonsumenten auszusprechen, wie es mit dem Grenzwert von 1,0 ng/ml in der Rechtsprechung bereits besteht.

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Interview mit SWR Aktuell zum Schwangerschaftskonfliktgesetz



Bildquelle: Büro Warken

Konferenz der CDU-Generalsekretäre und Geschäftsführer in Berlin



Bildquelle: Büro Warken

Besuch von Vertretern des DRK, der Feuerwehr und der PSNV aus dem Wahlkreis



Bildquelle: Büro Warken

Fraktionssitzung mit Christina Stumpp, Diana Stöcker und Thorsten Frei



Bildquelle: Marcel Ditrich

Bei der Bürgermeisterwahl in Binau



Bildquelle: Hannes Griepentrog

Bezirksparteitag der CDU Nordwürttemberg

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Klausur der Antragskommission zum Bundesparteitag



Bildquelle: Büro Warken

Besuchergruppe Artillerievereinigung Main-Tauber-Franken Tauberbischofsheim



Bildquelle: Büro Warken

Besuch von Schülern der Sonderberufsschule BBW Mosbach



Bildquelle: Marcel Ditrich

Kreisparteitag im Neckar-Odenwald-Kreis



Bildquelle: CDU Baden-Württemberg

Vorstellung Kommunalwahlkampagne: Unsere Heimat, unsere Verantwortung!



Bildquelle: Büro Warken

AG Innen mit dem hessischen Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck

#SocialMedia

Sitzungswoche

Diese Woche im Plenum:

- Regierungsbefragung Bundesjustizminister und Bundesgesundheitsminister
- Vereinbarte Debatte: 20 Jahre EU-Osterweiterung
- Einführung eines nationalen Veteranentages
- Solarpaket I
- Erweiterung der Teilzeitmöglichkeit in den Jugendfreiwilligendiensten sowie im Bundesfreiwilligendienst

Anträge der Fraktion:

- Leitantrag: Wirtschaftspolitische Orientierungslosigkeit der Bundesregierung beenden – Für eine echte „Wirtschaftswende“
- Aktuelle Stunde zur Sportpolitik
- Taten statt Worte – Für eine effektive Terrorabwehr in Deutschland
- Für die „Vision Zero“ und gegen die Erhöhung des Cannabis-Grenzwertes im Straßenverkehr

NINA WARKEN



Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.
Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)